

„Magische Vielecke“ - Zielkonflikte und Zielharmonien in der Wirtschaftspolitik

Die frühen Jahre der Bundesrepublik sind in die Geschichtsbücher als die Erfolgsstory der sozialen Marktwirtschaft eingegangen. Dank marktwirtschaftlicher Reformen nach den Ideen der „Sozialen Marktwirtschaft“, aber auch mit Hilfe des internationalen „Marshall-Plans“ schaffte Deutschland sein „Wirtschaftswunder“ mit jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts zwischen 5 und 12%. Umso größer war der öffentliche Schock über den Abnahme des BIP-Wachstums 1966 auf 2,8% - 1967 gab sogar die erste Schrumpfung mit -0,2%. Die Arbeitslosenquote stieg von 0,7% auf 2,2%. Als eine der Ursachen wurde diagnostiziert, dass 1965 die Bundesbank zur Abwehr von Inflationsgefahr den Diskontsatz von 3,5 auf 4% erhöht hatte. Die Folge war die Verteuerung von Krediten und somit die Abbremsung der Konjunktur. Einer breiten Öffentlichkeit wurde bewusst, dass ein Zusammenhang zwischen Preisniveaustabilität, Konjunktur und Arbeitslosigkeit bestand.

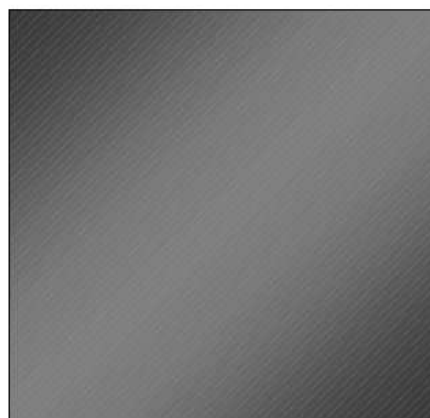
Die Politik reagierte mit dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft („Stabilitätsgesetz“) von 1967.

*Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur **Stabilität des Preisniveaus**, zu einem **hohen Beschäftigungsstand** und **außenwirtschaftlichem Gleichgewicht** bei **stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum** beitragen. (§1 StabG)*

Dabei war klar, dass insbesondere das Ziel der Preisniveaustabilität in Konflikt mit dem Ziel der Vollbeschäftigung stand (auf Grund der Vollbeschäftigung Mitte der 60er Jahre hatten die Gewerkschaften so hohe Tarifabschlüsse erwirken können, dass die Lohnkosten zusätzlich die Konjunktur abbremsen) und auch die anderen Ziele des Gesetzes durchaus konkurrierend aufgefasst werden konnten: Die Wirtschaftswissenschaften entwickelten das Modell des „Magischen Vierecks“.

Stetiges und angemessenes
Wirtschaftswachstum

Hohes
Beschäftigungsniveau



Außenwirtschaftliches
Gleichgewicht

Preisniveaustabilität

Bei Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes 1967 ging man davon aus, dass folgende Zielgrößen anzustreben wären:

- Angemessenes (reales) Wirtschaftswachstum: 3-5%
- Hohes Beschäftigungsniveau: 1-2% Arbeitslose
- Außenwirtschaftliches Gleichgewicht: Ausgeglichene Leistungsbilanz
- Preisniveaustabilität: Inflation (Steigerung des Verbraucherpreisindex) knapp unter 2%

Inzwischen sind die Ziele revidiert worden. Als heute realistisch wird meist ein Wirtschaftswachstum von 2% und eine Arbeitslosenquote von 3% betrachtet.

Die Ziele des Stabilitätsgesetz können nicht alle gleichzeitig erreicht werden. Sie stehen teilweise im Konflikt miteinander.

Zielharmonien

Manche Ziele begünstigen sich gegenseitig.

- Wenn vorhandene Produktionskapazitäten ausgelastet sind oder wenn Kapazitäten durch Erweiterungsinvestitionen ausgeweitet werden, dürfte ein zusätzliches Wirtschaftswachstum in der Regel auch das Beschäftigungsniveau erhöhen.
- Wenn das außenwirtschaftliche Gleichgewicht nicht erreicht ist, weil ein Außenhandelsdefizit (negativer Außenbeitrag) vorliegt, so wird eine Erhöhung der Exporte sowohl das außenwirtschaftliche Gleichgewicht als auch das Wirtschaftswachstum (und somit die Beschäftigung) positiv beeinflussen.

Zielkonflikte

Andere Ziele sind nicht oder bei Vorlage bestimmter Bedingungen nicht gleichzeitig erreichbar.

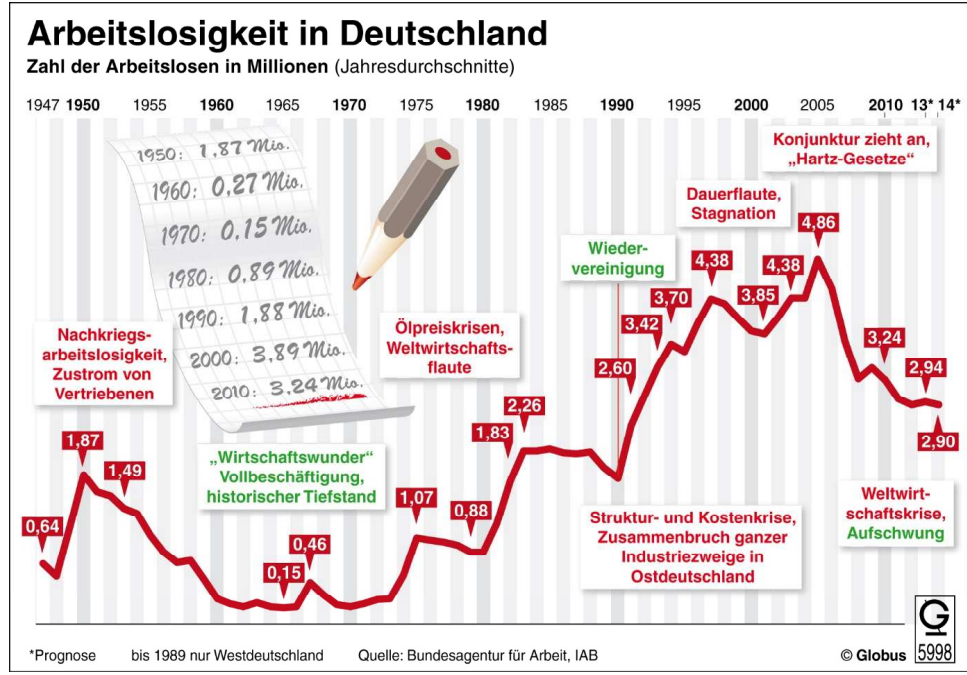
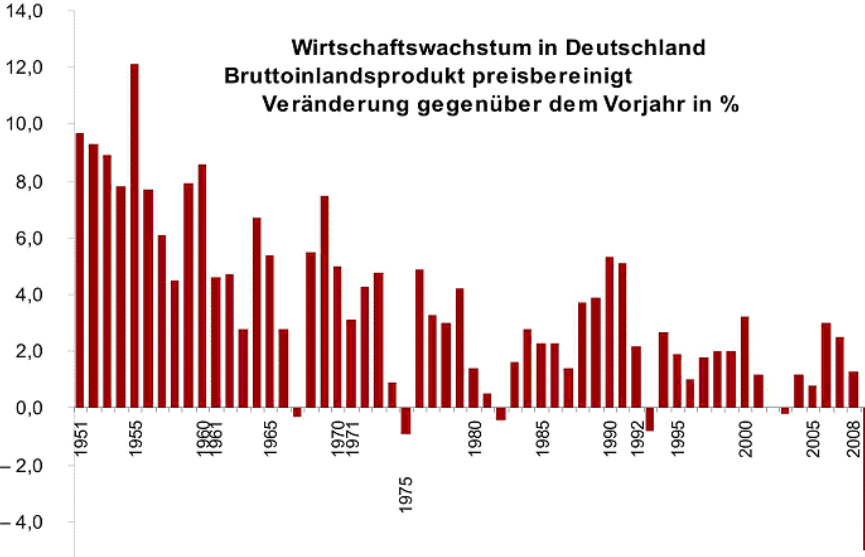
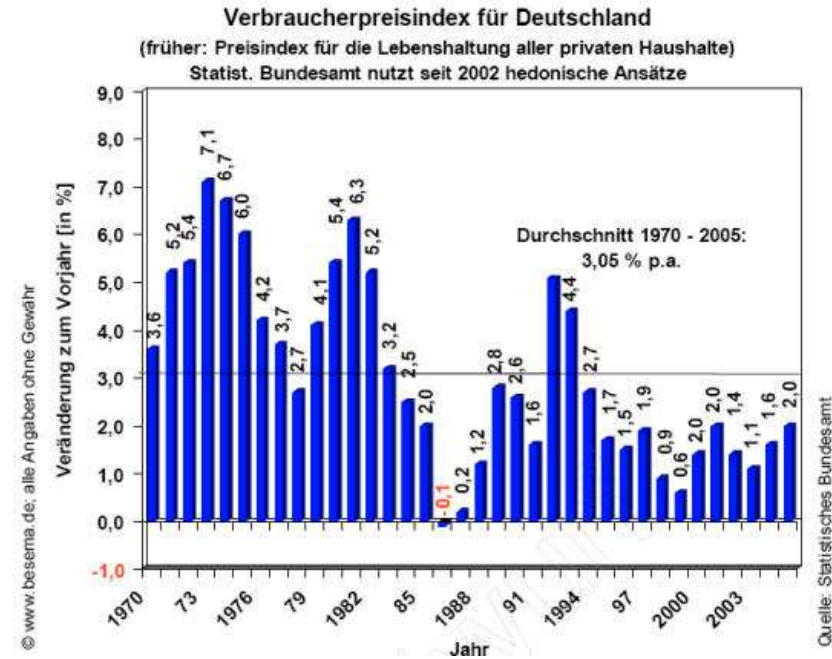
- Bei starker Konjunktur, insbesondere in Boomphasen, wird das Wirtschaftswachstum mit dem Ziel der Preisniveaustabilität in Konflikt geraten. Denn die hohe Auslastung der Kapazitäten geht einher mit einer hohen Beschäftigung, wodurch die Gewerkschaften in der Lage sind, besonders hohe Lohnabschlüsse auszuhandeln. Das steigende Lohnniveau erhöht die Produktionskosten und in der Folge die Marktpreise, wodurch die Inflation angetrieben wird. Der Effekt kann durch die „Lohn-Preis-Spirale“ immer stärker werden, wenn die gestiegenen Marktpreise für Konsumgüter die Gewerkschaften zu weiteren Forderungen nach Lohnsteigerungen anhält.
- Der gleiche Effekt tritt ein, wenn – bei Vorlage eines Außenhandelsdefizits – die Exporte steigen und somit bei verbesserter Auslastung ebenfalls neuer Kostendruck auf die inländischen Marktpreise entsteht. Das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts kann somit Inflation auslösen.
- Neben der Lohn-Preis-Spirale kann auch eine Gewinn-Preis-Spirale entstehen. Bei guter Konjunktur erwarten die Kapitaleigner eine erhöhte Dividende, weshalb sich Unternehmen veranlasst sehen, zur Befriedigung der Kapitalgeber die Marktpreise hoch zu halten.

- Gelingt es der Zentralbank, die Inflation durch hohe Leitzinsen und damit teurere Kredite für Investitionen zu bekämpfen, wird zwar das Ziel der Preisniveaustabilität erreicht, aber Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsniveau leiden darunter.
- Auch das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts gerät außer Reichweite, wenn die restriktive Geldpolitik der Zentralbank durch hohe Leitzinsen Investitionen teuer macht; dann steigen Produktions- und Exportpreise und somit kann keine zusätzliche Auslandsnachfrage erzeugt werden. Der Konflikt liegt aber nur vor, wenn eine Leistungsbilanzdefizit in der Ausgangslage zu verzeichnen ist.
- Wenn in einem Land ein Leistungsbilanzüberschuss vorliegt, dann stehen das außenwirtschaftliche Gleichgewicht und das Wirtschaftswachstum (und darüber das Beschäftigungsniveau) in Konflikt. Denn eine weitere Steigerung des Wirtschaftswachstums (und der Beschäftigung) durch eine starke Exportwirtschaft macht die Erreichung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts unmöglich.*

* Das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist für Laien nicht unmittelbar einsichtig. Es begründet sich vor allem darin, dass auf Dauer eine stabile Weltwirtschaft und stabile Währungen nur dann erreichbar sind, wenn alle Staaten sich einigermaßen gleichmäßig entwickeln. Von besonderer Bedeutung ist das Ziel in Zusammenhang mit der europäischen Währungsunion. Es ist inzwischen klar, dass die Euro-Krise und die Wirtschaftskrisen in den südeuropäischen Staaten vor allem auch mit den unausgeglichenen Leistungsbilanzen der Euro-Länder zusammenhängen: Vor allem Deutschland hat seit Jahren enorme Leistungsbilanzüberschüsse, die Mittelmeerländer haben sich durch ihre dauerhaften Leistungsbilanzdefizite immer stärker verschuldet.

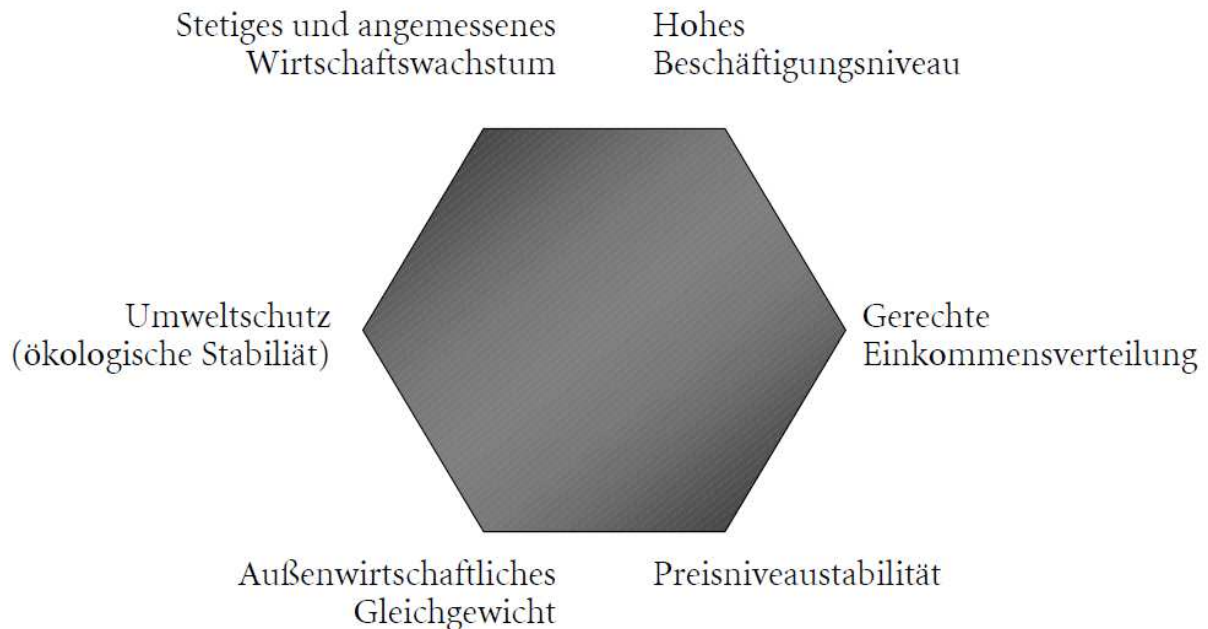
Aufgabe:

Betrachten Sie folgende Statistiken aus der Zeit seit Inkrafttreten des Stabilitätsgesetzes. Welche darin vorgesehenen Ziele wurden seither erreicht?



Nachdem seit den 70er Jahren vor allem von Umweltschützern eine zunehmende Kritik am Ziel des Wirtschaftswachstums aufkam, reagierten Ökonomen immer öfter mit einer Weiterentwicklung des „Magischen Vierecks“ zum sogenannten „Magischen Sechseck“.

Im „Magischen Sechseck“ werden die Ziele des Stabilitätsgesetzes um zwei weitere, gleichrangige Ziele erweitert: dem Umweltschutz und der gerechten Einkommensverteilung.



Die Schwierigkeit des „Magischen Sechsecks“ liegt allerdings darin, dass die beiden neuen Ziele nur sehr schwierig zu messen sind. Gerechtigkeit ist eine Frage der persönlichen Sichtweise. Am ehesten versteht man unter der gerechten Einkommensverteilung wohl eine möglichst „gleiche“ Einkommensverteilung. Umweltschutz geht vermutlich einher mit einer Senkung des Ressourcenverbrauchs und des Abfallaufkommens.

Zielkonflikte

- Es ist unklar, ob Wirtschaftswachstum dazu führt, dass das Einkommen gleichmäßiger verteilt wird. In der Lehrbuchtheorie vermutete man, dass zusätzliches Wachstum den Verteilungsspielraum des Volkseinkommens erhöht, d.h. dass schlechter verdienende Bevölkerungsgruppen den Lohnabstand aufholen können. Dazu müssten die Gewerkschaften bei entsprechendem Wirtschaftswachstum besonders hohe Tarifverträge aushandeln. Andererseits forderte der Sachverständigenrat für Wirtschaftsfragen in seinem Jahresgutachten 2002 für die Bundesregierung, dass zusätzliches Wirtschaftswachstum nur möglich wäre, wenn die Lohnunterschiede zwischen Gut- und Schlechterverdienenden größer werden, d.h. sie sahen die gerechte Einkommensverteilung als nachteilig für Wachstum. Umgekehrt ergaben Studien von gewerkschaftsnahen Arbeitsmarktforschern, dass eine ungleiche Einkommensverteilung das Wirtschaftswachstum schmälert. Grund dafür könnte sein, dass die Konsumausgaben schlecht verdienender Bevölkerungsgruppen zu gering sind und durch den schwachen Konsum das Wirtschaftswachstum geringer ausfällt, als wenn eine gleichmäßige Einkommensverteilung vorliegt.

- Wenn die Arbeitnehmer niedrige Löhne verdienen und dabei die gerechte Einkommensverteilung verfehlt wird, dann gerät dieses Ziel in Konflikt mit dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht - sofern es sich um ein Land mit *positiver* Leistungsbilanz handelt (d.h. mehr exportiert als importiert wird). Niedriglöhne machen die inländischen Güter noch billiger im Ausland, wodurch der Leistungsbilanzüberschuss noch weiter gesteigert wird.
- Wenn ein Land ein Leistungsbilanzdefizit hat (*negative* Leistungsbilanz, d.h. es exportiert weniger als es importiert), so wird es versuchen, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht durch größere Exporte zu fördern. Dies muss aber in Konflikt mit der gerechten Einkommensverteilung geraten, falls die Exportförderung durch Preissenkung der inländischen Güter mittels Lohnverzicht der Arbeitnehmer erreicht wird.
- Relativ unstrittig ist, dass Wirtschaftswachstum und Umweltschutz bislang meist in Konflikt miteinander liegen. Wirtschaftswachstum entsteht in der Regel durch zusätzliche Güterproduktion. Wenn die zusätzliche Güterproduktion noch mehr Energie- und Ressourcenverbrauch benötigt, wird die Umwelt stärker belastet. Als 2009 die große Finanz- und Wirtschaftskrise das deutsche Bruttoinlandsprodukt um 4,7% zurückgehen ließ, sanken die Treibhausgasemissionen um 8,4%. Das Ziel des Wirtschaftswachstums wurde verfehlt, die Umwelt profitierte.

Zielharmonien:

- Wenn die Arbeitnehmer hohe Löhne verdienen und dabei die gerechte Einkommensverteilung erreicht wird, dann kann dieses Ziel in Harmonie mit dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht sein. Voraussetzung ist, dass es sich um ein Land mit *positiver* Leistungsbilanz handelt (d.h. mehr exportiert als importiert wird). Hohe Lohnabschlüsse machen die inländischen Güter im Ausland teurer, wodurch der Leistungsbilanzüberschuss vermindert wird und somit das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts besser erreicht wird.
- Anhänger einer ökologischen Wirtschaft argumentieren, dass mehr Umweltschutz auch das Wachstum fördern könnte. Dies wäre insbesondere der Fall, wenn man es schafft neuartige ressourcenschonende Güter und Produktionsverfahren zu entwickeln, die dazu führen, dass Wirtschaftswachstum vom Energie- und Ressourcenverbrauch (absolut) entkoppelt wird.

*„Absolute Entkopplung“ von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch bedeutet, dass die Güterproduktion steigt (Wirtschaftswachstum entsteht), der **gesamte** Umweltverbrauch gleichzeitig aber sinkt.*

Bis heute ist die absolute Entkopplung noch Zukunftsmusik. Manchmal hört man dennoch dass das Ziel der Entkopplung längst erreicht wäre. Heute würden Güter wesentlich effizienter, d.h. mit viel weniger Ressourceneinsatz als früher produziert. Das ist allerdings nur richtig, wenn man die sogenannte „relative Entkopplung“ meint.

*„Relative Entkopplung“ von Güterproduktion und Umweltverbrauch betrachtet den Ressourceneinsatz **pro Produkteinheit**. Ein einzelnes Gut wird dann mit (relativ gesehen) weniger Energie- und Ressourceneinsatz produziert als alte Produkte.*

Erfolgsmeldungen über die relative Entkopplung übersehen meist den sogenannten „Rebound-Effekt“. Wenn weniger Energie und Ressourcen pro Produkteinheit eingesetzt

werden, heißt dies noch nicht, dass absolut gesehen weniger Umwelt verbraucht wird. Oft wird die Ersparnis dazu benutzt, *zusätzliche* Güter herzustellen. Damit steigt der Gesamtumweltverbrauch auch weiterhin.

Außerdem werden Produkte beständig weiterentwickelt und dabei ressourcenintensiver. Ein Beispiel dafür sind der VW Käfer von 1955 und der VW New Beetle von 2005.



VW Käfer 1955
730 kg, 30 PS
110 km/h
7,5 Liter/100km



VW New Beetle 2005
1200 kg, 75 PS
160 km/h,
7,1 Liter/100km

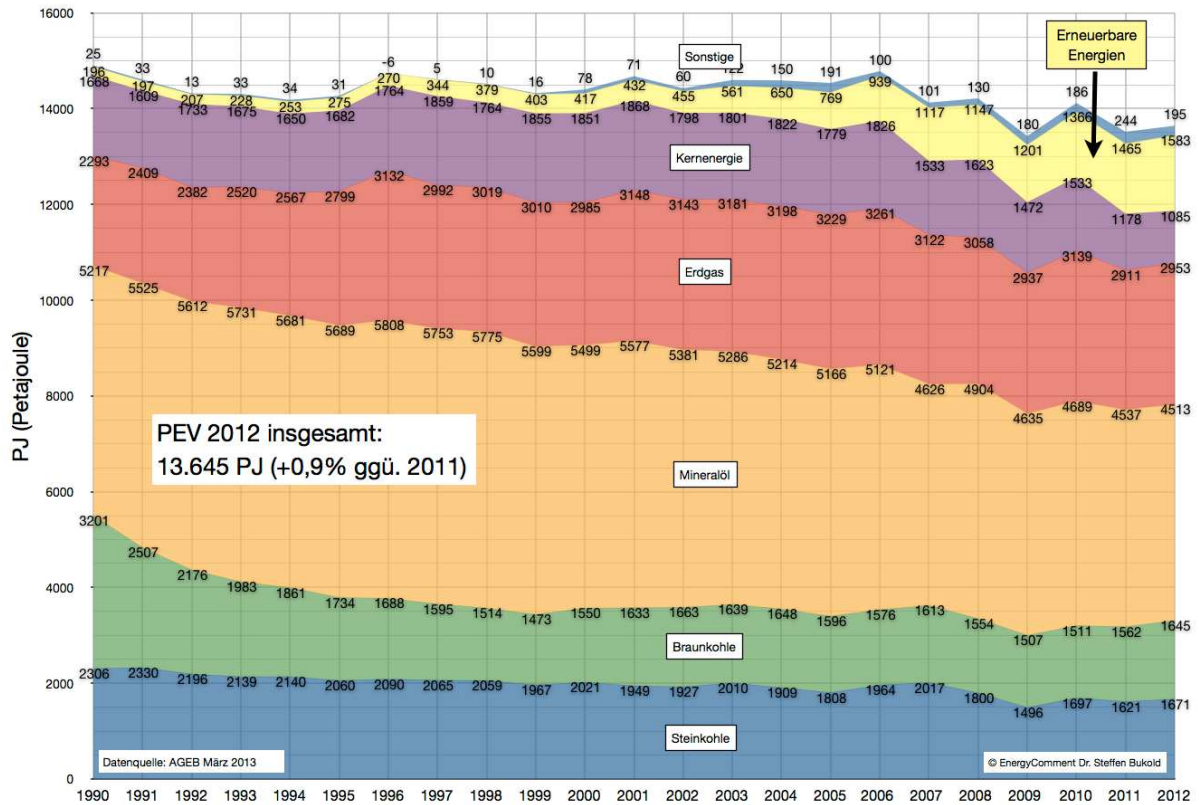
Man sieht, dass beide Wagen fast denselben Energieeinsatz pro 100km haben, der VW New Beetle ist nur minimal günstiger im Verbrauch. Die massiv erhöhte Effizienz des Beetle wurde aber hauptsächlich dazu genutzt, das Gewicht, die Motorleistung und die Ausstattung zu erhöhen anstatt den Ressourcenverbrauch absolut zu senken. Es fand eine *relative* Entkopplung von Umweltverbrauch und Produktion statt, aber kaum eine *absolute* Entkopplung.

Effizienzfortschritte wie beim VW Beetle haben immerhin einen Vorteil, wenn Produkte komfortabler werden. Und wenn die Energie- und Ressourcenersparnis dazu genutzt wird, mehr Menschen Anteil am Wohlstand zu geben, kann der Rebound-Effekt wenigstens aus sozialen Gründen akzeptiert werden – jedoch nicht aus ökologischen Gründen.

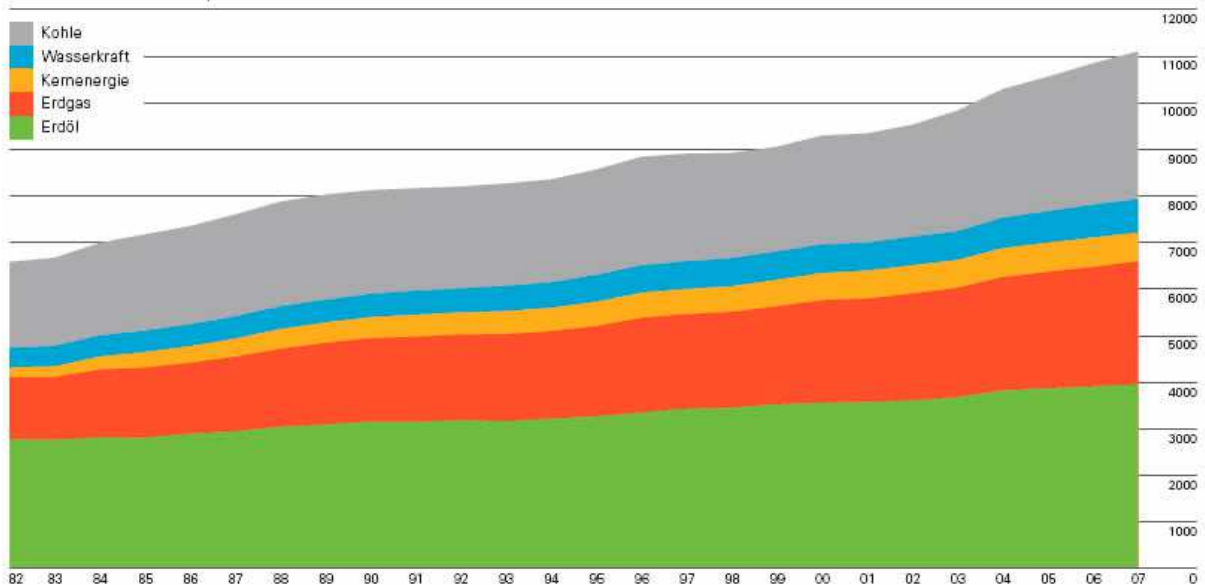
Aufgabe:

Betrachten Sie folgende Grafiken. Welche der neuen Ziele des „Magischen Sechsecks“ wurden bisher erreicht? Womit könnte die unterschiedliche Entwicklung des Energieeinsatzes von Deutschland und der gesamten Welt zusammenhängen?

Deutschland: Primärenergieverbrauch 1990-2012



Weltweiter Verbrauch
In Millionen Tonnen Öläquivalent



Der weltweite Primärenergieverbrauch verlangsamte sich 2007 zwar, doch lag die Zunahme von 2,4 % noch immer über dem Zehnjahresdurchschnitt. Kohle war nach wie vor der am schnellsten wachsende Brennstoff, während der Ölverbrauch langsam wuchs. Öl ist noch immer der weltweit führende Brennstoff. Der weltweite Marktanteil nimmt jedoch seit sechs Jahren in Folge ab, während der Marktanteil der Kohle seit sechs Jahren wächst.

Quelle: BP Statistical Review 2008, S.42

In der internationalen Diskussion spielt seit dem Vertrag von Maastricht 1992, mit dessen Ratifizierung durch die Mitgliedsstaaten die Europäische Gemeinschaft (EG) zur Europäischen Union (EU) wurde, vier sogenannte „Konvergenzkriterien“ eine Rolle. Art. 109 des Vertrags sah vor, dass diese Konvergenzkriterien von allen Anwärtern auf die Einführung der Gemeinschaftswährung Euro einzuhalten waren bzw. sind.

- **Kriterium 1: Gesunde Staatsfinanzen**
Grundlage ist hier das Bruttoinlandsprodukt. Die gesamte Staatsverschuldung darf nicht mehr, als 60 % des BIP betragen.
Gleichzeitig darf die jährliche Neuverschuldung 3% des BIP nicht überschreiten.
- **Kriterium 2: Preisstabilität**
Grundlage ist die Teuerungsrate der drei preisstabilsten EU-Länder. Der Anstieg der Verbraucherpreise darf nicht weiter als 1,5 Prozentpunkte über dieser Teuerungsrate liegen.
Hintergrund ist die Schaffung eines Euro, der aufgrund der strikten Preisstabilität der Mitgliedsstaaten der EU ein hohes Vertrauen in aller Welt genießt.
- **Kriterium 3: Konvergenz der Zinssätze**
Dies bedeutet, daß innerhalb eines Jahres vor der Prüfung, ob die Kriterien erfüllt wurden, in einem Mitgliedsstaat der durchschnittliche langfristige Nominalzinssatz nicht mehr als 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei Mitgliedsländer mit der besten Preisstabilität liegen darf.
- **Kriterium 4: Wechselkursstabilität**
Für die Währungen in den Mitgliedsstaaten existieren Bandbreiten, in denen die Währung schwanken darf. In den letzten zwei Jahren vor der Währungsunion soll die Währung in einem Mitgliedsstaat ohne starke Spannungen innerhalb dieser Bandbreiten stabil bleiben, ohne daß eine Abwertung der Währung gegenüber anderer Währungen der Mitgliedsstaaten stattfinden darf.

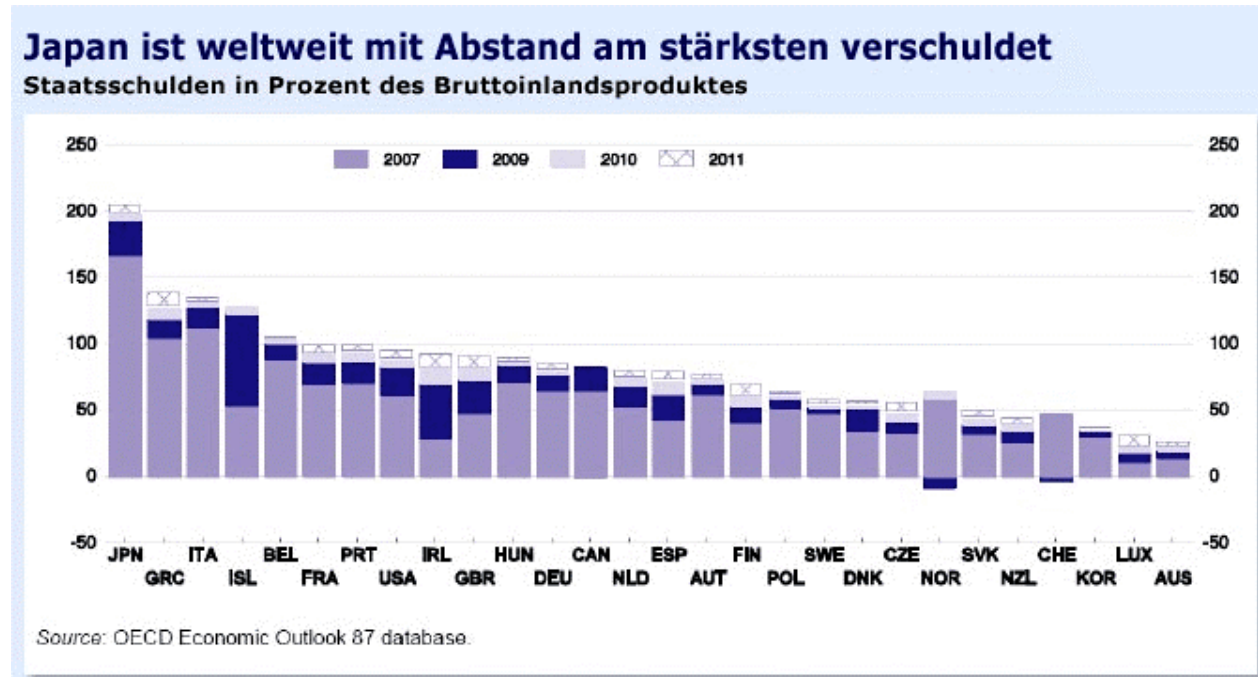
Die Konvergenzkriterien zur Einführung der Gemeinschaftswährung Euro umfassten die Staatsfinanzen, Preisstabilität, langfristige Zinssätze und die Wechselkursstabilität.

Der Vertrag von Amsterdam legte als Messlatte für das erste Konvergenzkriterium 1997 im „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ fest, dass die Europäische Kommission für Staaten, die das Kriterium brechen, ein „Verfahren wegen übermäßigen Defizits“ startet, in dessen Verlauf bis zu 0,2 bis 0,5 Prozent des BIP als Geldstrafe verhängt werden können.¹

¹ Diese Regel sorgte in der Euro-Krise ab 2009 dafür, dass kriselnde Volkswirtschaften durch die Geldstrafen in zusätzliche Bredouille gerieten und auf den Finanzmärkten diskreditiert wurden, so dass die Geldbeschaffung zusätzlich verteuert wurde. Die herrschende Wirtschaftswissenschaft geriet besonders in die Kritik, als 2013 öffentlich wurde, dass in einer der maßgeblichen Studien der amerikanischen Star-Forscher Kenneth Rogoff, ehemaliger Chefökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF), und Carmen Reinhart, ein Excel-Rechenfehler vorlag. Sie hatten behauptet, dass Staaten mit einer Staatsschuldenquote von 90% nur noch 0,1% Wirtschaftswachstum aufwiesen. Der amerikanische Student Thomas Herndon rechnete in einer Seminararbeit nach, dass eine Schuldenquote von 60-90% noch 2,8% Wachstum zu verzeichnen wären und auch jenseits der 90% noch durchschnittlich um 2,2%. Der Faux-pas löste eine heftige Debatte über die Glaubwürdigkeit der internationalen Sanktionierung von Staatsverschuldung aus.

Aufgabe:

Betrachten Sie folgende Grafik. Welche Länder haben eine Schuldenquote jenseits der 60% des BIP? Womit ist dies zu erklären? Welche Probleme treten bei erhöhter Staatsverschuldung auf? Warum lassen sich internationale Vergleiche oft nur schwierig anstellen?



Europa 2020

Europa 2020 ist die Wachstumsstrategie der EU für das Jahrzehnt 2011-2020.

Oberstes Ziel ist eine *intelligente, nachhaltige und integrative Wirtschaft* für Europa. Diese drei Prioritäten, die sich gegenseitig verstärken, dürften der EU und den Mitgliedstaaten helfen, ein hohes Maß an Beschäftigung, Produktivität und sozialem Zusammenhalt zu erreichen. Diese Ziele ähneln stark den Hauptzielen der *Lissabon-Strategie* (2001-2010).

Ziel von *Europa 2020* ist die Schaffung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum: intelligent – durch wirksamere Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation; nachhaltig – durch eine entschlossene Ausrichtung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft und eine wettbewerbsfähige Industrie; integrativ – durch die vorrangige Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung von Armut. Kern der Strategie sind fünf ehrgeizige Ziele in den Bereichen Beschäftigung, Forschung, Bildung, Armutsbekämpfung und Klima/Energie.

Im Einzelnen:

- die Erhöhung der Beschäftigungsquote der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren von derzeit 69 % auf mindestens 75 %,
- die Erhöhung der Investitionen in F+E auf mindestens 3 % des Bruttoinlandsprodukts, vor allem durch eine Verbesserung der Bedingungen für F+E-Investitionen im Privatsektor,
- die Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20 % im Vergleich zu 1990, die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 % und die Steigerung der Energieeffizienz um 20 %,
- die Reduzierung des Anteils von Schulabbrechern von derzeit 15 % auf 10 % und die Steigerung von Hochschulabsolventen im Alter von 30 bis 34 Jahren von derzeit 31 % auf mindestens 40 %,
- die Reduzierung des Anteils an Bürgern unterhalb der jeweils nationalen Armutsgrenze um 25 %, wodurch 20 Millionen Bürger aus der Armut entkommen sollen.

Magisches Fünfeck der EU-Strategie „Europa 2020“



Quellen:

http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm

http://de.wikipedia.org/wiki/Europa_2020

Realpolitische Ziele nach dem „Magischen Vieleck“?

Was man dem Modell des „Magischen Vierecks“ und seiner Nachfolger zu Gute halten kann, ist, dass sie zurecht Zielkonflikte zwischen einer Reihe von (wirtschafts-)politischen Diskursen aufzeigen. Bloß erscheint es stark verkürzt, sich auf die Ziele im engen „wirtschaftlichen“ Bereich zu verengen. Die interessierte Bürgerin kann zuhauf konkurrierende Ziele und Interessenskonflikte in der Tagespolitik finden. Denn neben den bislang genannten Zielen muss eine Politikerin noch eine Vielzahl anderer Maximen beachten:

- Außenpolitische Beziehungen zu anderen Staaten
- Wirtschaftliche Unabhängigkeit (z.B. von problematischen Handelspartnern)
- Globale Verantwortung in Menschenrechtsfragen
- Naturschutzaspekte (im Unterschied zur Ökologisierung der Wirtschaft)
- Interessen der Bundesländer und Kommunen in einem föderativen System
- Interessen von Lobbygruppen
- Innerparteiliche Auseinandersetzungen
- Machterhalt und tagespolitische Taktik (die nächsten Wahlen im Auge)

Zwischen all diesen und noch viel mehr konkreten Einflussfaktoren und Zielsetzungen bestehen Konflikte. Immer öfter diskutiert werden die Gefahren einer überbordenden Staatsverschuldung, welche eben auch zur „Ankurbelung“ der Wirtschaft benutzt wird (in der Hoffnung auf einen sich selbst tragenden Aufschwung).

Es erscheint übermäßig idealistisch, einem Bild vom altruistischen Wirtschaftspolitiker zu anhängen, wie er im verengten Modell des Magischen Vierecks angelegt ist.

Letzten Endes muss (Wirtschafts-)Politik einen Weg durch die Interessen von Abermillionen Einzelindividuen – und der Natur bzw. den Interessen zukünftiger Generationen – finden. Als Bild eignet sich das „Magische Vieleck“:

